

# Volksrecht

für Schlessen • Organ für die westliche

**Motta-Louis**  
**UNSCHULDIG**  
Freispruch wegen erwiesener Unschuld  
Bericht im lokalen Teil

Das „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Soziale“ „Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neus Graupenstraße 3, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmf. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmf., monatlich 1.33 Rmf. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmf. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmf.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 5552.

auswärts 12 Pf. Anzeigen unterhalb, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur gütigst

zurückporto beilegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 14. Januar 1932

Nr. 11

Weil sie für Recht und Freiheit eintreten

## Rechtsbeugung aus gemeiner Rache

Ein gemeines Racheurteil gegen die Opfer der Brest-Litowsker Folter  
Hohe Strafen für Liebermann, Pragier, Mastel und Witos

Warschau, 13. Januar (Eigener Bericht).

Am Mittwoch wurde im Brest-Litowsker Prozeß folgendes Urteil verkündet: Der Sozialist Dr. Liebermann und Professor Berliński erhalten je 2½ Jahre Gefängnis, der Jugendführer Dubois, Dr. Pragier, der Gewerkschaftsführer Dr. Mastel und der Redakteur Cielkosz je 3 Jahre. Ferner wurden verurteilt der ehemalige Ministerpräsident und Bauernführer Witos zu 1½ Jahren, der Bauernführer Dr. Kiernel (ehemaliger Minister) zu 2½ Jahren, der Bauernführer Baginski zu 2 und Dr. Butel zu 3 Jahren Gefängnis. Freigesprochen wurde nur der Bauernführer Sawicki.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund des Paragraphen 102 des ehemaligen russischen Strafgesetzbuchs wegen Teilnahme an einer Verschwörung zum gewalttätigen Sturz der Regierung. Mit dem Urteil wurde auch eine furchtbare Verurteilung verlesen, aus der hervorgeht, daß das Gericht sich überhaupt nicht auf die Beweisaufnahme gestützt hat. Die Vergehen der Angeklagten seien strafrechtlich nicht zu erfassen, aber eine Prüfung gebe, daß es zu einer Revolution hätte kommen können, wenn die Angeklagten nicht rechtzeitig verhaftet worden wären. Im übrigen entfällt die Begründung des Urteils, das von dem Richterlegium nicht einstimmig gefaßt wurde, nur eine Wiederholung von Teilen der Anklageschrift.

Im Anschluß an die Verkündung des Urteils wurden im Gerichtssaal Hochrufe auf die polnische sozialistische Partei und auf die Angeklagten ausgebracht. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Die Verurteilten wurden auf den Schultern aus dem Gerichtsgebäude getragen. Die spontanen Huldigungen und Demonstrationen wurden auf der Straße fortgesetzt. Es kam dabei zu mehreren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Beulungen gingen brutal gegen alle vor, die den Verurteilten Sympathie auszudrücken versuchten. In der Stadt herrschte nachmittags große Aufregung.

### Pilsudskis Rache - Polens Schande

Pilsudski der Eiddreher, Anstifter zum Mord und Vergewaltiger des Rechts ist die Schmach und Schande Polens.

Vor bald dreißig Jahren begann der Warsauer Uebelprophet Pilsudski einer der eifrigsten polnischen Revolutionäre zu werden. Bald redigierte er in Geheimdruckereien erscheinende Arbeiterblätter, bald organisierte er Attentate auf kritische Beamte und russische Geldtransporte, mer in Gemeinschaft mit der Kampf Abteilung der polnischen Sozialistischen Partei. Die Wiederherstellung Polens als frei demokratische Republik mit stark einwirkenden und rasch weiterwachsenden sozialistischen Einrichtungen war das Ziel aller der Sturz des Zarismus seine Vorbedingung. Nach der Revolution von 1905 die schärfsten Verfolgungen erlebten, wanderten viele Kämpfer nach Österreich aus, so Pilsudski. Längere Zeit lebte er bei dem kürzlich verstorbenen Hermann Diamand in Lemberg. Dieser scharfsinnige Mann gewann bald den Eindruck, daß es Pilsudski nur um den Sieg des nationalen Gedankens ankomme, daß sein ganzes Interesse dem Kampf mit den Waffen galt, daß er ein einseitiger Militarist war und daß er die sozialistische Bewegung nur als Mittel zu seinem Zweck benutzte. Aber allzu lange blieb Diamand mit dieser Meinung allein.

Der Weltkrieg brachte Pilsudski an die Spitze der polnischen Legionen. Als sich die Legionen der Anziedelung Polens an die österreichische oder deutsche Monarchie widersetzten, wurden sie aufgelöst. Pilsudski wurde verhaftet und in Magdeburg interniert. Jetzt war er der Märtyrer des nationalen Gedankens und zugleich des Kampfes gegen die reaktionären Monarchien überhaupt. Als die deutsche Revolution ihm die Freiheit wiedergab, kehrte er im Triumph nach Polen zurück, das ihn zum Marschall seiner Armee machte. Er führte den Krieg gegen Sowjetrußland, der den polnischen Staat zu gründen gedenkt hätte, doch die Legende machte ihn zum Retter Vaterlands. Aber Polen wollte eine Freistaat bleiben. Es ist die schon manchmal traurigen Einfällen und Ansprüchen

des Marschalls nicht. Großend zog er sich zurück. In einem Mailtag des Jahres 1926 brach er schließlich von seinem Ruheort mit einigen Regimentern der Armee gegen Warschau auf. Mit Hilfe der sozialistischen Arbeiter besiegte er die Regierungstruppen. Die Eisenbahner verhinderten durch Streik den Transport von Verstärkungen. Die Regierung Witos wurde gestürzt, der Staatspräsident flüchtete, Pilsudski ergriff die Herrschaft. Alle Minister, auch der Staatspräsident, sind seine Untergebenen und Beauftragten.

So kam es zum offenen Konflikt mit dem Parlament. Der Finanzminister Czeschowitz wurde vor den Staatsgerichtshof gestellt, weil der vom Sejm bewilligte Etat um hunderte Millionen, hauptsächlich für Rüstungszwecke, aber auch für Wahlbeeinflussung, überschritten worden war. Ankläger im Namen des Volkes war der Sozialist Dr. Hermann Liebermann. Als Pilsudski im Kreise vor dem österreichisch-ungarischen Militärgericht in Marmaros-Szigel des Hochverrats angeklagt war, wandte Liebermann als Legationsoffizier und Rechtsanwalt die drohende Verurteilung ab. Vor dem Staatsgerichtshof beschimpfte der Marschall den Ankläger in jener unbeherrschlichen Weise, die die Welt aus seinen Interviews und Artikeln kennengelernt und woraus sie auf einen fanthastischen Geist geschlossen hat. Ein Urteilspruch des Staatsgerichtshofes gegen Czeschowitz liegt bisher nicht vor.

Später spalteten pilsudskitreue Nationalisten die Sozialistische Partei und führten faschistische Ueberfälle auf Sozialisten aus. Als dann nach einiger Zeit das Parlament neu gewählt werden sollte, verhaftete man rechts und links eine ganze Anzahl der bekannten Oppositionsführer, Sozialisten, Bauernparteiliche und christliche Demokraten. Es folgt Brest-Litowsk, das die Welt empörte, und nun ist der Prozeß zu Ende, der Pilsudskis Rachegeheulen gegen alle diente, die an seiner Gottähnlichkeit zu zweifeln und die verfassungsmäßigen Volksrechte zu vertreten gewagt haben.

Die Begründung des Schandurteils soll erst in einiger Zeit bekanntgegeben werden. Die abschreckenden und darum nicht mehr unabhängig urteilenden Richter werden Mühe genug haben, den Angeklagten, die den größten Anteil an der Wiederaufrichtung des polnischen Staates haben, Hoch- und Landesverrat nachzuweisen. Aber Strafparagrafen lassen sich, wenn man will, dehnen wie Gummi, und der Möglich-

keiten zur Begründung wird es genug geben. Von Verschönerung kann jedoch bei den Angeklagten, diesen führenden Politikern legaler verfassungstreuer Parteien natürlich nicht die Rede sein.

Wo aber ist der Gerichtshof, der den geheimnisvollen Tod des Generals Sagurki aufdeckt und verhandelt, der von Wina nach Warschau gelockt und unter Mitwirkung von Vertrauten Pilsudskis bestialisch ermordet wurde?

Wann und wo werden die zahllosen Verfassungsverstöße Pilsudskis geahndet, der sich über das Recht und das Parlament frech hinwegsetzt, der vom Sejm aufgehobene Verordnungen sofort wieder in Kraft setzt, der das Parlament von bewaffneten Offizieren besetzen ließ, um einen Kampf zu provozieren? Wann und wo werden die Finanzen des armen Landes raubt gegen die Massenpensionierung undbequemem Beamten und Offiziere, gegen die schrankenlosen Rüstungsausgaben? Wann wird das furchtbare Unrecht wiedergutmacht, das an den ukrainischen Bauern in Ostgalizien verübt wurde? Wer befreit die Opfer der Standgerichte aus den Kerker und wer gibt den Minderheitsvölkern ihre Schulen, Lesegesellschaften und Wirtschaftsgenossenschaften wieder?

Die übergroße Mehrheit des polnischen Volkes schämt sich des Pilsudski-Systems, das dem Lande täglich die Frage aufwirft, ob die Wiederaufrichtung des nationalen Staates erfolgt ist, um in Zustände geworfen zu werden, wie sie in den Teilgebieten unter österreichischer und preussischer Fremdherrschaft gewiß nicht schlimmer gewesen sind. Aber das polnische Volk steht unter der brutalen Herrschaft des pilsudskischen Militär- und Polizeiapparates. Allein kann es vorläufig das Pilsudski-Joch kaum abschütteln. Es ist deshalb mit die Aufgabe der demokratischen und parlamentarischen Verbündeten Polens, vor allem Frankreichs, das polnische Regime vor die Entscheidung zu stellen, ob es noch weiter beanpruchen will, ein europäisches Regime zu sein.

Das eine aber wissen wir, daß der Kampf es mit der polnischen Sozialisten, den sie bereits gegen den waffenstarrten Zarismus bewiesen haben, auch durch das Brest-Litowsker Urteil nicht gebrochen werden kann. Der Tag wird kommen, an dem ein befreites Polen die Märtyrer von Brest-Litowsk und die Opfer des Warschauer Urteils dankbar grüßen wird.

## Neues Kabinett Laval

Paul Boncour lehnt das Außenministerium ab — Laval selbst Außenminister  
Lardieu, Kriegsminister

Laval wurde am Mittwoch Abend kurz vor 8 Uhr zu dem Staatspräsidenten Doumerge gedenen, der ihm die Bildung des neuen Kabinetts anbot. Laval dankte dem Staatspräsidenten für seinen Vertrauensbeweis und versprach, ihm seine endgültige Antwort in kürzester Frist zu überbringen.

Senator Paul Boncour hat das Angebot Lavals, als Außenminister in das neue Kabinett einzutreten, abgelehnt. Wahrscheinlich dürfte Laval nunmehr außer der Ministerpräsidentenschaft und dem Innenministerium auch das Außenministerium übernehmen. Die Mitglieder der radikalen Kammer- und Senatsfraktionen trafen am Mittwoch-Vormittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der Herr Laval über seine Unterredung am Dienstag mit Laval berichtete. Die Radikalen beschloßen, für die gegenwärtige Ministerkrise den früher gefaßten Beschluß zu wiederholen, nach dem kein Mitglied der beiden Fraktionen ein Portefeuille ohne die Genehmigung der Partei annehmen dürfe.

Paris, 14. Januar. (Eig. Funfbericht.) Das neue Kabinett Laval ist gebildet und hat sich am 1. Uhr morgens dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Es ist in Bezug auf die Personen der Mitglieder das gleiche wie das alte Kabinett Laval. Was die Verteilung der Portefeuilles anbelangt, hat Laval das Außenministerium und Lardieu das Kriegsministerium übernommen. Das Innenministerium an Stelle Laval ist dem bisherigen Staatssekretär Catta und das Arbeitsministerium an Stelle Lardieu dem bisherigen Unterstaatssekretär Fould anvertraut

worden. Die durch diese Ernennungen freigewordenen Unterstaatssekretariate werden aufgehoben.

Paris, 14. Januar. (Eig. Funfbericht.) Laval hatte ursprünglich — im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik — die Absicht, die freigewordenen Posten in seinem neuen Kabinett durch einige Persönlichkeiten der Linken zu ersetzen. Er hatte sich zu diesem Zweck an Painlevé und Barthou sowie an Paul Boncour für das Außenministerium gewandt. Alle drei Personen lehnten aber ab. Dann war der Plan aufgetaucht, aber ebenfall schnell wieder aufgegeben, dem Abgeordneten Fardieu, einem ehemaligen Oberst, der politisch derselben Partei angehört, wie der verstorbene Kriegsminister, das Kriegsministerium anzuvortreten.

Vor Bildung des neuen Ministeriums hatte Laval einen Besuch bei Briand gemacht und ihn gebeten, der Regierung die Unterstützung seiner Autorität und seiner Erfahrung in der Form, die ihm angenehm sein würde, zu geben. Briand hat den Vorschlag eines Staatsministers abgelehnt, sich aber über eine andere Form der Zusammenarbeit noch nicht endgültig ausgesprochen. Laval wird sich darüber heute nochmals mit Briand unterhalten. Vielleicht wird sich Briand entschließen, den Posten eines unabhängigen Vertreters Frankreichs beim Völkerbund anzunehmen.

Das neue Kabinett wird sich am Dienstag der Kammer vorstellen. Wie üblich wird der Verlesung der Regierungserklärung eine Interpellationsdebatte über die Zusammen-

setzung und die Politik der Regierung folgen, die sehr leicht zu werden vermag. Sie dürfte sich hauptsächlich mit der Außenpolitik und dem Ausscheiden Bränds beschäftigen.

### Seldorf erneut schwer belastet

Im Berliner Seldorf-Prozess ist man noch immer bei der Vernehmung der Zeugen. Neben den mit dem Reichsgericht verbundenen Spätergänger - Juden und Nichtjuden - sind es vor allem die unbeteiligten Beobachter des Pogroms, die Graf

Seldorf und seine „zufälligen“ Kommissare“ aus Schwerde befragen. Nicht nur der in den letzten Tagen vernommene Kommissar Kappel konnte die Plakardierung der Ausschreitungen mit Tatsachen belegen. — auch der Student Mathenau, ein Vetter des ermordeten Reichsministers, hat die Regisseure des Pogroms beim Dirigieren überzählt. Mathenau hat zwei uniformierte Männer beobachtet, die an Seldorfs Wagen herantreten und ihm Instruktionen erteilen. Später konnte man feststellen, daß die Demonstrationen von diesen Leuten in eine bestimmte Richtung gelenkt wurden. — Alles natürlich purer „Zufall“!

## Sirriefer gegen den Abbau der vorbeugenden Fürsorge

Ein Celas an die Ober- und Regierungspräsidenten

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat zur Frage der vorbeugenden Fürsorge einen Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten herausgegeben, in dem es heißt:

„Unter dem finanziellen Druck der gegenwärtigen Not, bei der gewisse Sparmaßnahmen auch in der vorbeugenden Fürsorge unvermeidlich sein werden, gehen Gemeinden und Kreise vielfach dazu über, die Stützpunkte der vorbeugenden Fürsorge abzubauen mit dem Hinweis, daß diese nicht zu den geschlossenen Pflichtaufgaben gehöre. Bereits in meiner Rede zum Haushalt 1931 habe ich darauf hingewiesen, daß Einsparungen auf dem Gebiete der vorbeugenden Fürsorge sich dann als nur scheinbare Sparmaßnahmen erweisen müssen, wenn ihnen in Kürze höhere Aufwendungen folgen werden. Dennoch sind infolge der augenblicklichen Finanznot Einsparungen vorgenommen worden, die, ohne nennenswerte Entlastungen der Haushalte herbeizuführen, eine schwere Schädigung der Bevölkerung, insbesondere der heranwachsenden Jugend, bedeuten. Hierbei wird nicht beachtet, daß Schäden an Sachen sich, wenn auch mit höheren Kosten, in der Regel wieder ausgleichen lassen, daß aber gesundheitliche und sittliche Schäden an Menschen auch nicht durch spätere höhere Aufwendungen wieder gutgemacht werden können. Durch Einstellung oder übermäßige Reduzierung der vorbeugenden Fürsorge wird das Erbgut und damit die Zukunft unseres Volkes gefährdet; unumkehrbare Schäden werden verursacht; die Auswirkungen unseres Volkes in dem künftigen Kampf um seinen Aufstieg erheblich verflüchtigt.“

Als Stützpunkte der vorbeugenden Fürsorge müssen vor allem erhalten bleiben die Beratungsstellen der Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, sowie die Gemeindefürsorgeleistungen, die durch ihre ständige Tätigkeit gerade in der jetzigen Notlage auch in kultureller Beziehung außerordentlich wertvoll sind. Die regelmäßigen Durchuntersuchungen der Säuglinge durch Schwestern und Hebammen, sowie gesundheitlich bedrohter Säuglinge, insbesondere in der vorangehenden Tuberkulose- und der Kruppenfürsorge, die sorgfältige Auswahl und Überwachung der Pflegeeltern, dürfen nicht unterbleiben. Die Erholungsfürsorge, besonders in der Form der britischen Erholungsfürsorge, sowie die Kindererziehung dürfen nicht eingeschränkt werden. Kindergärten und Sorten müssen erhalten bleiben; sie bedeuten vielfach die einzige Möglichkeit der Bewahrung der Kinder vor schwersten körperlichen und seelischen Schäden. Die Mittel, die gerade diese Einrichtungen erfordern, sind verschwindend im Verhältnis zu den Kosten, die sie erhalten helfen und zu den künftigen Kosten, die durch sie erspart werden.

Der völlige Streichung oder übermäßiger Einschränkung der Beihilfen an die Einrichtungen und Vereine der freien Wohlfahrtspflege würde in hohem Maße die wertvollen Leistungen und erhöhten Kosten der Gemeinden in kurzer Zeit die Folge sein. Durch verstärkte Heranziehung und Unterstützung der freien Wohlfahrtspflege können sogar erhebliche Mittel gespart werden.

Die Mitarbeit eines fachlich geschulten Arzt- und Fürsorgepersonals ist gerade in finanziell schwerer Zeit von entscheidender Wichtigkeit. Ein Abbau dieser Kräfte kann die sachgemäße Verwendung der vorhandenen Mittel gefährden und dadurch die Finanzschwierigkeiten erhöhen. Auch kann nur mit ihrer Hilfe die dringende notwendige Aufklärung und Belehrung der Bevölkerung über gesunde und jugendliche Lebensführung, Krankheitsverhütung und Jugend-erziehung erreicht werden. Allen Sparmaßnahmen sollte ein unter Heranziehung von Sachverständigen angelegter Plan zugrunde gelegt werden. Trotz aller Not muß es gelingen, die unbedingt erforderlichen Fürsorgeeinrichtungen aufrecht zu erhalten, um unsere Volkskraft in eine bessere Zukunft hinüber zu retten.

### Zugung des Europa-Komitees verschoben

Die für den 22. Januar vorgesehene Zugung des Europa-Komitees ist wegen der Lausanner Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Keine Regierung hatte der dahingehenden Anregung Bränds widersprochen.

## Das Leben der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.“ Berlin SW 61 13) (Nachdruck verboten)

Als sie in die Stube trat, war die Mutter allein. Sie stand am Tisch und tat beschäftigt. „Sag mir, was du sagst! Das ganze Viehvieh soll man allein fertig machen. Wie ich das schaffen soll! Ich hab keine Zeit. Vater und die anderen sind in den Wald. Sie lassen dich grinsen. Und da sollst es dir gut gehen lassen. Ja. Sag es dir gut gehen. Und das Kind —“ Da brach sie ab.

Marie sah den Mädeln vor sich aufpassen. Aber sie hörte mit keinem Ton der Mutter an, daß sie weinte. Sie sah nur jetzt die Hand der Mutter von der Seite her sich ihr zuwenden. Wortlos brühte Marie diese Hand, die sich jäh zitternd hob. Dann wandte sie Marie um, ging zur Türschwelle, klopfte dort vielleicht einige Sekunden. Und trat leiser als vorher herein, doch jetzt aus der Tür hinaus.

Alt-Koarts Bettische knallte. Räder knarrien. Das Rägelen fuhr Marie vom Gut hinaus in die beginnende Nacht, in das Unbekannte. In Marie war es still geworden, leer in ihrem Kopf und in ihrem Herzen. Sie sah da, losgelöst von allem, allem angezogen. Wie ein schwacher, schimmernder Fleck, den ein Windstoß in eine Dornenhecke geschoben hat. Schwach, aber niederhängende Wollen lagen über den See. Ein Rindenschwanz, vom Regenwetter angefeuchtet, schlang sich mit den Füßeln die Luft flüchtig, doch aus dem Feld und durch verzerrte und beschallt fröhlich über das Gestrüch. Ein Red, der mitten auf dem Wege verbot, jagte und sprang so fern vor dem Regen davon, daß Alt-Koart die Fügel heranziehen mußte. Marie blieb von allem unberührt. Der Weg wurde gelungener. Der Regen felen in Schritt

## Am die Wiederwahl Hindenburgs

Die Bemühungen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses zur Vorbereitung der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk haben bereits eingeleitet. Es ist zurzeit aber noch völlig ungewiß, welche Persönlichkeiten sich diesem Ausschuss anschließen wollen oder anschließen werden. Fest steht zunächst nur, daß die Parteien in ihm offiziell nicht vertreten sein sollen.

Von der Absicht, einen beratigen überparteilichen Ausschuss einzusetzen, um die Persönlichkeit des Reichspräsidenten insbesondere der deutschen Außenwelt als Aktivismus zu erhalten, haben die Nationalsozialisten und Nazis mit ziemlichem Mißfallen Kenntnis genommen. Damit haben sie ihre Argumentation gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk selbst als das entlarvt, was sie ist: ein gemeiner Volksbetrug. In Wirklichkeit wollen sowohl bei den Nationalsozialisten als auch bei den Nazis starke Kräfte die Wiederwahl Hindenburgs überhaupt nicht. Das offiziell auszusprechen, waren sie bisher zu feige. Statt dessen verhängte man sich gegen die Wiederwahl durch das Parlament hinter „verfassungsmäßigen“ Bedenken. Jetzt, wo die Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk vorbereitet wird, offenbart sich der Schwindel der Nationalsozialisten und Nazis in seiner ganzen Größe. Sie wollen weder die Parlamentswahl noch wollen sie Hindenburgs Wiederwahl durch das Volk.

Heutzutage hat kein anderer als der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, der frühere Thüringische Staatsminister Fric, die Argumentation seiner Partei mit den „verfassungsmäßigen“ Bedenken gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament als puren Schwindel enthüllt. Er hat am Dienstag in Rempten in einer öffentlichen Versammlung offenzugegeben, daß die Nationalsozialisten nicht nur gegen Hindenburgs Wiederwahl durch das Parlament waren, sondern seine Wahl durch das Volk, eine Möglichkeit, die von Hitler bisher offengelassen wurde, auch nicht wollen. Die Antwort auf die Frage, — so führte Fric in der betreffenden Versammlung aus — ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustandekommen werde, sei ein glattes Nein. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwinden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Mit diesen Ausführungen des Herrn Fric, der in der Parteileitung der NSDAP. sitzt, ist die Antwort Hitlers an Hindenburg gebührend charakterisiert. Sie ist nichts als Verstand und infanter unwahrhaftig.

### Herr Mahraun macht sich wichtig

Der Führer des „Jugendbrüderlichen Ordens“, Herr Mahraun, hat dem Reichsminister des Innern einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg um 7 Jahre zugehen lassen.

Dem Antrag kommt praktische Bedeutung nicht zu, weil seine Durchführung mehrere Monate in Anspruch nehmen würde, während die Wahl des Reichspräsidenten spätestens im März vorgenommen werden muß. Aus diesem Grunde wird dem beantragten Volksbegehren erst gar nicht stattgegeben. Darüber dürfte sich auch der „Jugendbrüderliche Orden“ nicht im unklaren sein. Wenn er dem Reichsminister des Innern trotzdem seinen Antrag hat zugehen lassen, dann nur aus agitatorischen und damit aus verwerflichen Gründen. Er hatte wieder einmal das Bedürfnis, von sich reden zu machen.

### Bisher 20 000 Kleinfiedler

Die bisherigen Berechnungen des Reichskommissars für die vorläufige Kleinfiedlerstellung haben ergeben, daß die entsprechenden Siedlungsarbeiten bisher von rund 20 000 Kleinfiedlerstellen aufgenommen worden sind. Falls die finanzielle Lage es irgendwie zuläßt, soll im April die Durchführung eines zweiten Schubs in Höhe von etwa 30 000 Kleinfiedlerstellen erfolgen, jedoch innerhalb kurzer Frist insgesamt etwa 50 000 Kleinfiedlerstellen geschaffen werden dürften. Daneben hat die Förderung der Kleingärten sehr erheblich zugenommen.

Aus dem Gran tauchte das Waldbüchchen auf. Und da kam auch die Haut näher, immer deutlicher und größer. Marie sah sie an. Doch ihr Gesicht blieb leer. Die Haut glitt vorüber. Marias Atem ging ruhig und gleichmäßig. Ihr Gesicht leuchtete wie ein unbewegliches blaßes Oval, hoch leuchtend vor dem dunklen Tuch des hinter dem Kopf liegenden Klappertuchs ab. Einmal, schon kurz vor dem Bahnhof, drehte sich Alt-Koart nach ihr um. Er wollte mit ihr sprechen, ihr irgendetwas sagen, ihr zeigen, daß einer doch zu ihr wäre wie immer. Man muß ihr doch zeigen, daß sie nicht ganz verlassen ist, dachte Alt-Koart. Da sah er dieses Gesicht und schwieg, wandte sich wieder nach vorne und zog plötzlich so hart die Peitsche durch die Luft, daß der Spanne aufschrak, in Galopp sprang und Alt-Koart fluchend bremsen mußte.

Marie lag in einem sauberen, weißen Bett. In einem kleinen, weitgeschrittenen Zimmer mit weiß lackierten Möbeln und großem, hohen Fenster. Der Himmel stieg durch das Fenster in das Zimmer hinein und bescherte es, dessen lichte Hellheit nicht nur den Raum, auch den Menschen in ihm weite und befreite.

Was zwischen diesem Zimmer und der Wagenfahrt lag, wußte Marie nicht. Nur das: jene Dame, zu der sie mit dem Brief der Herrin gegangen war, hatte sie ohne viele Worte aufgenommen und hierher gebracht.

Hier war man gut zu ihr. Man war still und sprach nur selten. Hier waren keine Fragen, auf die es doch keine Antwort geben konnte, und keine Vorwürfe. Dieses Schweigen, das so selbstverständlich gegeben war, daß es nicht wie ein beschämendes, großmütiges Geschenk erschien, war Wohltat. Sie hörte Marie.

Sie hatte viel in diesen Tagen geschlafen. Als ob sie allen Schlaf, den die letzten Monate ihr geraubt hatten, nun nachholen wollte. Ungeklärt und traumlos.

Solcher Schlaf ist gesund und nimmt alle Schwere, macht frei und leicht. Marie wurde es. Sie lernte wieder lächeln. Es war ja alles so leuchtend für Marie. Wie im Märchen. Da stand vor dem Bett ein Tisch, dessen Platte in einem Gelenk über das Bett herübergehoben lag. Wie wunderbar war das! Wenn Marie ganz allein war, spielte sie mit dieser Tischplatte und schenkte sie wie ungläubig zu sich hin. Es war wie ein Geschenk. Und auf dieser Tischplatte stand eine kleine rote

## Eisenbahner, merkt Euch das!

Der Einheitsverband der Eisenbahner hat in diesen Tagen 1000 große Kundgebungen im ganzen Reich veranstaltet. Die Kampagne richtet sich gegen die Not vor Essen und die tatsächlichen Bestrebungen. Verschiedene Reichsbahnabteilungen haben die Werbeplakate des Einheitsverbandes verboten, so u. a. die Direktionen Berlin und Dresden.

Das Berliner Verbot richtet sich gegen die Tagesordnung „Im Kampfe gegen Not und Diktatur“. In Sachsen hat es die Verwaltung das Thema „Die Eisenbahner in der Eisernen Front“ angeht. Außerdem wurde dort der Satz beanstandet: „Heute rufen wir, morgen schlagen wir!“

Das Vorgehen der Reichsbahnverwaltung muß auf äußerem befremden und den schärfsten Protest aller Republikaner herbeiführen. Die Reichsbahngesellschaft, der größte Arbeitgeber Deutschlands, läßt sich berufen, der Hartzburger Reaktion Wortschub zu leisten. Die Antwort der Eisenbahner auf die Provokation der Reichsbahnverwaltung lautet: „Stun erst recht schärfsten Kampf gegen Not und Diktatur! Hinein in die schärfste Front!“

„Eiserne Front!“

„Massenbesuch der Versammlungen muß die Antwort sein.“ (Siehe auch unter „Arbeit und Wirtschaft“.)

## Der Nazi pfeift auf Gerechtigkeitsdiebstahl

Das ist das Bild der Färner-Angelegenheit in Braunschweig

Die Nationalsozialisten und ihr Präsident Färner haben auf die Erklärung der Reichsparteien, die Färner als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ungeeignet wäre, mit offenem Hohn und Spott geantwortet. Sie erklärten ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigen, von der Frage, unbedeutende Dinge in der Öffentlichkeit zu verhandeln, abzugehen. Der Landtagspräsident Färner bekräftigt die Volkspartei zugleich, daß sie sich „wieder einmal einer Begründung schuldig“ gemacht habe. Die Volkspartei juche die Verfehlungen des Staatsbankpräsidenten Dr. Sieben zu vertuschen, weil einen der volksparteilichen Führer, den früheren Minister Marquardt, freundschaftliches Verhältnis mit dem Angeeschuldigten verbindet. Die Nazis würden die Verhältnisse in der Staatsbank ein möglichst grellen Scheinwerferbeleuchtung ausleuchten.

Obwohl die bürgerlichen Rechtsparteien am Dienstag droht hatten, sich nicht mehr mit den Nazis an einen Tisch setzen, wenn diese ihre Angriffe fortsetzen, ist die Untersuchung, somädie am Mittwoch im Hauptauschuh weitergegangen, als nichts gesehehen.

## Die Nazis unterwählen die Polizei Mecklenburgs

Wundervolle Zustände in der Schupo dieses Ordnungspolizeibeamten in Mecklenburg sind die Nationalsozialisten seit einiger Zeit eifrig bemüht, die mecklenburgische Polizei in ihrem Sinne zu beschaffen und nationalsozialistische Zellen zu bilden. Diese Zustände erfordern dringende Abhilfe.

Die Nationalsozialisten veranlassen zum Zwecke ihrer Einflussnahme auf die Polizei sogenannte „gesellschaftliche Abende“ zu denen sie heftige Einladungen an Polizeibeamte ergelassen. Die Briefe werden nicht selten durch den Diensthelfer an die Beamten weitergeleitet. wurden kürzlich bei einer Feier von Polizeibeamten Kaufmännische für die Nationalsozialistische Partei verteilt. Ein Beamter, der den Eintritt in die Partei ablehnte, wurde von dem nationalsozialistischen Polizei-Oberleutnant Sulzmiß bestrimmt. Dieser Polizeioberleutnant, den selbst die mecklenburgische Rechtsregierung in diesen Tagen traiversehen mußte, schwor dem deutschen nationalen Minister Dr. Schleißer und den an der Verfehlung dieses Polizeioberleutnants beteiligten Regierungsbeamten während seiner Abschiedsfeier im dritten Reich die Rache. Die offizielle Kapelle der Schweriner Ordnungspolizeibeamten spielte bei seinem Abschied ein nationalsozialistisches Kampflied. Gegen die Ordnungspolizeibeamten, die gemäß dem Eid und den Vorschriften des Ordnungspolizeibeamtengesetzes, ausdrücklich die parteipolitische Betätigung in den Unterkünften und Beteiligung an Organisationen, welche die Verfassung auf nichtgesetzlichem Wege ändern wollen, verbotet, handelt wird nicht selten mit Drohungen vorgegangen.

In Berlin wurden kürzlich drei mecklenburgische Ordnungspolizeibeamte, die sich in Uniform befanden, von Berliner Polizei aus einer Razierversammlung herausgeholt. Diese Beamte, die vorläufig ihres Dienstes enthoben wurden, ein Verfahren eingeleitet worden.

rote Waje, aus der bunte Blumen, hell- und dunkelrote, lila blaue Margueriten und alle mit großem buttergelbem Kern herauswuchsen.

Als Schwester Beatriz zum erstenmal solche Blumen den Tisch gestellt hatte, hatte Marie verwundert gefragt, was das sei.

„Warum? Ja, für Sie! Damit Sie etwas Buntes, Schönes hier haben! Zum Ansehen, zum Sichreuen, Sie Dummes. Sie haben Sie Blumen nicht gern?“

Hattig, plötzlich rot geworden, hatte Marie hinausgeschrien: „Doch!“ — und dann geschwiegen, während die Schwester Frühstücksstisch gedeckt, Milch, weisses Brot, Butter und Honig daraufgestellt hatte. Auch das war so ein Wunder, das Marie immer noch nicht begreifen konnte.

Sobald darauf lag neben ihr das Kind, das sie schmerzlich nach kurzen Wehen zur Welt gebracht hatte. Auch das war ein seltsames Wunder, ein verwirrendes unerwartetes Geschehen. Wie so leuchtend war das! Ein umhüllendes Erlebnis. Eine Welt für sich, die ihr, Marie, gehörte. Ein winzig kleines Geschöpf, das größer und wichtiger und glücklicher als die Welt, aus Blumen und Himmel und Schwester Beatriz, zerbrechliches, rotes, zuckendes, fallendes Wesen, das leuchtend glänzende, lebendige Augenchen und einen süßen Mund offen wenn man es berührte, und das schrie, wenn man unvorsichtig war. Marie war zart und behutsam. Es war ja ihr Kind. Sie nannte es Fritz. Fritzlich umschmeichelnd, weich und mit Fröhlichkeit wie sie ihn genannt hatte. Marie lächelte jetzt Dankbar für ihn, den Vater.

Nur einmal träubte ein Wollschafchen. Das war als schwarzeleibeter Mann mit lebenden Augen hinter blauen Brillengläsern sich neben ihr Bett lehnte, pedantisch seine Worte fallen ließ, aus einer schwarzen Astenmappe Formulare und trocken räuspert einen Füllfederhalter aufschraubte und leierndem Polizeiton begann: „Szameitat, Marie. Sind Sie, und, als Marie verwundert nickte, hufend fortjühr: „Fräulein Szameitat, wer war's denn nun gewesen?“

Marie, schweigend harrete ihn verständnislos an. Seine Blicke über die Brillengläser in sie hineintrotzen. „müssen mir das nämlich sagen. Ich bin nämlich von der mundschafft. Wir müssen das wissen. Wegen der Alimente. — wer war's denn?“

(Fortsetzung folgt)

# Kultur in Not

Senoffe spricht am Abend

Der preussische Kultusminister hat sich am Sonntag in einer Rundfunkrede über die tiefstehenden Sparmassnahmen auf kulturellem Gebiet und die geistige Not in unserer Zeit ausgesprochen. Der Minister führte unter anderem aus:

Wenn man die Aufwendungen vergleicht, die Preußen in den vergangenen Jahren gemacht hat, mit dem, was Preußen vor dem Krieg in seinem öffentlichen Haushalt für die Pflege der kulturellen Güter eingeleistet hat, dann könnte es so aussehen, als hätte der Vergleich der Propagandathese Vorhubs, Deutschland habe im Kulturbereich auf so großem Fuße gelebt. Wirklich wäre ein schematischer Vergleich aber nur dann, wenn ein Mehr an Ausgaben auf denselben Aufgabenumfang bezöge. Das aber gerade trifft nicht zu. Denn es ist heute auch in Mehr an Ausgaben für den Staat da, und diese zusätzlichen Ausgaben sind zwangsläufig und dem Staat ganz unvermeidlich zugeflossen.

Daneben hat es freilich auch eine Ausgabenvermehrung gegeben, die sich aus der Sparergriffnahme neuer Aufgaben erklärt. In den letzten Jahren hat die Technik, die an den technischen Hochschulen früher gar nicht oder in geringerem Maße als heute ihre Stellen hatten. Will jemand im Ernst an deutsche Wissenschaftler die Zumutung richten, sie hätten bis zu wirtschaftlich gesegneten Zeiten auf ein Mitsprechen etwa auf dem Gebiete der Elektrotechnik verzichtet oder so tun sollen, als wenn z. B. für den Kundfunk das Problem der Hochfrequenztechnik nur jenseits der europäischen Grenzen existierte?

Das alles soll freilich nicht belegen, daß wir mehr, als unbedingt zu fordern war, in Angriff genommen haben. Aber es wäre ungerichtet, solche Einzelheiten zu verallgemeinern, denn wir sind längst in einer rückläufigen Bewegung. So erhielten im Staatshaushalt 1913 die Museen einen Zuschuß in Höhe von Millionen Mark, 1929 war dieser bereits gesunken auf 4,2 Millionen Mark, für 1932 wird noch nicht einmal die Hälfte des Zuschusses von 1913 erreicht werden. Wie empfindlich gerade in der Lage Deutschlands sich ein Rückschlag zu spüren ist, das erweist sich am besten an der Kultur, die das Mäzenatentum, das sich in England, Frankreich und Amerika die öffentlichen Sammlungen, die bildenden Künste oder die Theater stützen, bei uns so gut wie ganz verschwinden ist.

Jede solche Ausfallerscheinung ist ein schmerzhafter Beweis für die Tatsache, daß Deutschland im Abbau kultureller Güter schon so viel getan hat, daß ihm nun fast nichts mehr übrig bleibt. So ist dem, daß Preußen zu Beginn der nächsten Spielzeit zwei Drittel seiner staatlichen Theater geschlossen haben wird, und der Abbau der Theater geht in dem Lande vor sich, das die besten Schauspieler der Welt hat. Solchen harten Wirklichkeiten gegenüber hilft kein Bagatelisieren. Das ist Kultur in Not. Die tiefste Not ist aber, daß jeder Abbau von Institutionen den Abbau abbaut. Jeder Abbau im institutionellen Bereich zwingt weiter den Lebensraum und droht unsern Nachkommen. Empfindet wohl der, der selbst wirtschaftlich noch leidlich zurecht kommt, immer noch, was es eigentlich bedeutet, daß es ununterbrochen von Familien gibt, deren Kinder überhaupt nicht wissen, was es heißt, Vater Arbeit hat, und die für sich selbst nicht sehen, wie und wo sie einmal in Arbeit kommen sollen?

Dieses Fehlen von Arbeitsmöglichkeiten, diese Verarmung um das Wissen, „nicht hat niemand gebildet“, das erst Deutschlands größte kulturelle Not. Es wird mehr und mehr unmöglich, eine mit diesem Eindruck aufwachsende Jugend zur Führung vor der Welt der Werte zu erziehen. Wo für die Kultur das notwendige Betätigungsfeld fehlt, sticht sie in eine unheilvolle Welt, und damit wächst die Not sich aus zur nationalen Existenzgefahr, da drohen die Maßnahmen zum Ausbau unseres Staats und zur Sanierung der Wirtschaft unzulänglich in das Gegenteil, weil bei der Wirtschaft nicht ungerichtet ist, wenn das Subjekt der Wirtschaft, der Mensch, nicht mit in die Berechnung eingerechnet wird; da droht, daß das, was Säugling sein sollte gegen Nihilismus, Schrittmacher der dunklen Mächte des Chaos wird; da droht der Umschlag von Kulturverarmung in Kulturvernichtung.

Graufam und schonungslos ereilt uns in diesem Jahre die Weltgeschichte die Sektion, daß Wirtschaft und Kultur in Wechselwirkung stehen. Das kulturelle Leben ist vom Abbau der Wirtschaft bedingt, es teilt mit ihr ihr Glück und Leid mit ihr ihre Fehler. Der Verlust der kulturellen Güter bedingt das Wirtschaftsleben, den Verkehr, das Handwerk, das Gewerbe. Kultur kann allein im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit organisiert werden, so daß, wer die Kultur will, sehen muß, daß unsere Wirtschaft wieder in den Fugen liegt.

Trägt der Kulturabbau mit dazu bei, daß unsere Verhandlungsführer mit einem zwar schmerzhaften, aber christlich ausgleichenden Etat in Lausanne erscheinen können, um dort den Weg zu suchen, daß sich das Wirtschaftsleben bessert, daß wir über Arbeitsraum erhalten und unsere Jugend eine Hoffnung, an mehr der Abbau kultureller Güter nicht umsonst. Wie sehr ihn ertragen, um die Voraussetzung, das kulturelle Leben des Staates zu retten. Sollen seine Opfer nicht umsonst gebracht sein, dann kommt in diesen entscheidenden schweren Augenblicken deutscher Geschichte freilich alles darauf an, daß wir den Blick auf kulturelle Güter erheben durch die Steigerung des Lebens zum Dienst an Volk und Staat.

## Die Opfer kommunistischer Besetzung müssen büßen

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags lehnte am Mittwoch einen kommunistischen Antrag ab, wonach den deutschen Seeleuten, die wegen Meuterei in russischen Seehäfen verurteilt worden sind, Hafturlaub gewährt werden sollte und wonach die Inhaftierten freien Fuß gesetzt werden sollten.

Im Verlauf der Debatte erwiderten die sozialdemokratischen Abgeordneten Brandes und Gehmann auf Zusagen kommunistischer Redner, daß es sich bei den Besetzungen in Rußland nicht um einen Streik gehandelt habe, sondern die Aufhebung durch kommunistische Agitatoren, die in ausländischen Häfen die Seeleute angehalten hätten, nicht an Bord zurückzuführen. In Odessa hätten die meuternden Seeleute sogar den Versuch gemacht, den deutschen Konsul, der auf die Gefährlichkeit des Unternehmens aufmerksam machen wollte, ins Wasser zu werfen. Ist bedauerlich, daß die Seeleute die Leidtragenden seien, daß man die Hintermänner nicht fassen könne. Der Hafturlaub müsse ein besonderer Schutz gewährt werden.

Die Ablehnung des kommunistischen Antrages erfolgte auf den Antragsteller. Annahme fand ein sozialdemokratischer Antrag, der die Staatsregierung ersucht, auf Reichsregierung dahin einzuwirken, daß dem Reichstag ein Entwurf einer neuen Seemannsordnung vorgelegt wird.

## Großer Kredit für Arbeitsbeschaffung in U.S.A.

Der Washingtoner Bundessenate hat mit 36 gegen 15 Stimmen einen Kreditvorschlag zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung angenommen. Die Vorlage sieht die Bewilligung eines Kredits in Höhe von 300 Millionen Dollars. Gegebenenfalls kann die Summe auf das Vierfache erhöht werden. Der Kredit ist für Banken, Eisenbahnen, Bauwirtschaft bestimmt. Der Zusatzantrag der Stadterhaltung Kompart, zur Verfügung gestellten Kredite auch den städtischen Verwaltungen zugänglich zu machen, wurde abgelehnt.

## Um Rande der Lausanner Konferenz

Paris, 13. Januar (Eigener Drahtbericht).

Der Vorsitzende des Baseler Sachverständigenausschusses und Delegierte Italiens auf der Reparationskonferenz, Beneduce, ist am Dienstag in Paris eingetroffen und hat, nach dem „Journal des Débats“, mit dem Engländer Leithrope und Finanzminister Flaubin Unterredungen gehabt. Das Blatt glaubt, daß der italienische Delegierte im Laufe dieser Unterredungen die italienische These auseinandergesetzt hat, die einer radikalen Lösung des Reparationsproblems günstig sei.

Washington, 14. Januar (Eigener Drahtbericht).

Die Pariser Meldung, nach der man in der französischen Hauptstadt den Plan ventiliert, die amerikanischen Kriegsschuldenforderungen an die Alliierten durch Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsbahn abzudecken, begegnet in Washington allgemeinem Unglauben. In parlamentarischen Kreisen wird ein derartiger Plan für absolut unmöglich gehalten, weil dadurch eine Verknüpfung zwischen den politischen Schulden Deutschlands und den vertraglichen Verpflichtungen der Alliierten geschaffen würde. Amerika hat aber bisher eine derartige Verknüpfung immer wieder abgelehnt, weil sie gegen seine Interessen verstößt.

## Auch die Burma-Konferenz gescheitert

England will begrenzte Selbstverwaltung gemäßen Ursache des Scheiterns auch hier die Minderheitenfrage

London, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht).

Ein Umriß der Verfassung, die dem künftig von Indien zu trennenden Land Burma gegeben werden soll, wurde am Dienstag in der Schlußsitzung der Round-Table-Konferenz für Burma durch den Premierminister entworfen.

Macdonald erklärte, daß die Regierung bereit sei, Burma eine parlamentarische Selbstregierung zu geben, allerdings mit gewissen weitgehenden Bedingungen und Einschränkungen. Dem Gouverneur, der die Stellung des Vizekönigs in Indien einnehmen soll, sollen gewisse Gebiete vorbehalten bleiben, wie das Geldwesen und die Geldpolitik. Er soll ferner ein Veto-Recht auf allen Gebieten haben, sobald er befürchtet, daß irgendwelche Maßnahmen des Parlaments die finanzielle Stabilität und den Kredit des Landes untergraben könnten. Ueber die Minderheiten-

frage wurde auf der Burma-Konferenz ebenso wie auf der Indien-Konferenz eine Einigung nicht erzielt. Es bleibt England überlassen, dafür zu sorgen, daß bei der künftigen Verfassung die Minderheiten richtig vertreten sind.

Die Burma-Konferenz ist als im wesentlichen an dem gleichen Problem gescheitert wie die Indien-Konferenz, nämlich an der Minderheitenfrage und an dem Wunsch der radikalen Politiker, weitergehende Unabhängigkeit zu erlangen, als England sie zu gewähren bereit ist. Der Delegierte der Unabhängigkeitspartei machte aus seiner Enttäuschung in der feierlichen Schlußsitzung kein Hehl. Er sagte: „Man hat uns oft gesagt, daß Burma nicht fähig sei, dies oder das zu haben. Aber wir verstehen nicht, daß man sagen kann, ein Land, welches noch vor 46 Jahren unabhängig war, könne nicht größere Freiheiten unter der englischen Herrschaft eingeräumt bekommen.“

## Der Zankapfel Bessarabien

Rumänien im Schlepptau Frankreichs

Bukarest, 8. Januar (Eigener Drahtbericht).

Im Zusammenhange mit den bevorstehenden rumänisch-russischen Nichtangriffsvertragsverhandlungen steht auch die bessarabische Frage, der Zankapfel zwischen Rumänien und Rußland, wieder zur Debatte.

Der Anschluß Bessarabiens an Rumänien erfolgte auf Grund des sogenannten Londoner Protokolls, das nach dem Kriege von England, Frankreich, Italien und Japan unterzeichnet wurde. Aber von Japan bis heute noch nicht ratifiziert worden ist. Die Russen haben daraus die von Rumänien immer wieder zurückgewiesene Schlußfolgerung gezogen, daß diesem Protokoll keine internationale Rechtsverbindlichkeit zuzuschreiben, zumal Rußland selbst das Protokoll nicht unterzeichnet hat. Die Rumänen fürchten daher, daß Rußland eines Tages Bessarabien belegen wird und erklären könnte, daß diese Besetzung kein Angriff bedeute. Der „Curentul“ weist in diesem Zusammenhange auf einen Punkt im französisch-russischen Pakt hin. Andere Blätter folgern aus dem Vorgehen Frankreichs in der Mandatsfrage, wie außerordentlich schwer es ist, den Begriff des Angriffs in einwandfreier Weise festzustellen.

In sich hat Rumänien dem französischen Drängen auf Verständigung mit Sowjetrußland, von der man sich keinerlei Vorteile verspricht, nur ungern Folge geleistet. Es hat offen zugegeben, daß Rumänien in diesem Falle mehr eine französisch-russische als rumänische Politik zu treiben gezwungen ist.

# „Tektonisches Beben“ oder?

Wie kam das Unglück auf der Karsten-Zentrum-Grube zustande?

Sozialdemokratische Abgeordnete haben, wie wir gestern berichteten, in einer Anfrage im Preussischen Landtag gefordert, daß das Ergebnis der Untersuchung der Beuthener Grubenkatastrophe durch Sachverständige des Oberbergamtes bekanntgegeben werde. Diese Forderung scheint uns so dringlicher, da die geheimnisvollen Verlautbarungen der Bergbehörde keineswegs dazu angetan sind, in der Arbeiterschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als genüge etwa die Beachtung einiger bergpolizeilicher Vorschriften, um derartig entsetzliche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden. In der bürgerlichen Presse hatte man in den ersten Stunden und Tagen nach dem Bekanntwerden der Katastrophe mit kaumenswerter Sachkenntnis sofort von einem „tektonischen“ Beben — auch unser Breslauer „General“ nahm auf diese Weise das Urteil über die Ursache vorweg — berichtet und so alles Unheil auf die höhere Gewalt unerforschter Mächte im Erdinneren abgehoben. Einer ernsthaften Prüfung hält diese, im obersteilischen Revier seit Jahrzehnten wiederholte Behauptung jedoch kaum stand. Selbst der Leiter der obersteilischen Erdbebenwarte drückte sich in dem einem Vertreter der „Obersteilischen Volksstimme“ gewährten Interview so zurückhaltend aus, daß von der Feststellung irgendwelcher tektonischer Erdbewegungen schlechterdings nicht gesprochen werden kann.

Daß — wie üblich bei Bergkatastrophen — weder Steiger noch Mannschaften auch nach der Rettung der sieben etwas über die möglichen Ursachen äußern können, wollen sie nicht den Arbeitsplatz riskieren, daß die Grubenerwaltung bei allen Anfragen von journalistischer Seite nicht zu sprechen ist, daß man bei den Besuchen der Reporter im Vazarett entgegen der Ansicht der Zergle überaus besorgt war, die Interviews der Bergleute könnte etwa ihren Gesundheitszustand beeinträchtigen, daß schließlich dieser Katastrophe erst im Juli 1930 (8 Verletzte, ein Toter) und im Oktober (4 Tote) ähnliche Ereignisse vorausgingen, trägt keineswegs zu dem Eindruck bei, es sei hier alles so wie es sein müßte.

Man darf nicht vergessen, daß der Abbau doch nicht aus all-gemeinwirtschaftlichen, sondern aus Interesse am Verdienste erfolgt, daß Sicherheitsmaßnahmen gleichwelcher Art stets auf Unkostenkonto gehen und daher von keinem rechnenden Betriebs-

leiter eines Privatunternehmens gerne gesehen werden. In der Belegschaft der Karsten-Zentrum-Grube glaubt man allerdings — und die Sachkunde der Bergleute hat in der Rettung der Sieben bekanntermassen eine glänzende Bestätigung erfahren — diese wiederholten „Gebirgschläge“ sehr einfach erklären zu können; man führte sie auf die sogenannten „alten Männer“, leere Abbaustollen, die auf Karsten-Zentrum nicht verlegt werden, zurück. Selbstamerweise sind nämlich andere Gruben des obersteilischen Reviers, die Spülverfah anwenden, von den Folgen der Beuthener „Erdbeben“ verschont. Ueberdies haben auch einige der Getroffenen schon vor Einfahrt den Eindruck gehabt, als gerade das Gebirge in Bewegung, und zu ihren Angehörigen Bemerkungen gemacht, daß möglicherweise „etwas passiere“.

Aufklärung tut dringend not, selbst wenn etwa die Grube gezwungen würde, die Erdbewegungen fallen zu lassen und damit auch die verschiedenartig geltend gemachten privatrechtlichen Schadenersatzansprüche künftiger Grundbesitzer, die durch Sentenzen seit Jahren schwer geschädigt werden, anzuerkennen.

## Die Bergung der Letzten Fieberhafte Arbeit auf der E.-S.-Grube

Wie heute früh 7 Uhr von der Betriebsleitung der Karsten-Zentrum-Grube mitgeteilt wurde, ist es noch immer nicht gelungen, die restlichen verschütteten Bergleute anzufinden. Man hoffte, heute mittag bis an die Stellen vorzudringen, an der sich die verschütteten befinden müssen.

Die Bergungskolonnen arbeiten nach wie vor unter Aufbietung aller Kräfte. Von Ablösung will niemand unter ihnen etwas wissen. Erst wenn die Müdigkeit sie übermannt, willigen die Rettungsmannschaften in eine Ablösung ein. Den Mut, den diese Männer 774 Meter tief unter der Erde bezeugen, um ihre Kameraden zu befreien, ist beispiellos. Unter Nichtbeachtung der sie umgebenden vielfachen Gefahren arbeiten sich die Mitglieder der Rettungsgruppe im Kohlenflöz vorwärts, um an ihre möglicherweise noch lebenden Arbeitskameraden heranzukommen, bevor der Hungertod sie in seine Krallen nimmt oder bevor sie in ihrer Verzweiflung und zur Abstützung der Quallen Hand an sich legen. Es fehlen zwar nur noch wenige Meter. Vor Mittwoch vormittag dürfte jedoch selbst diese geringe Entfernung kaum überwunden werden können. Kopfwehen oder gar Hilferufe sind bis jetzt nicht vernommen worden, obwohl zur Aufnahme der schwächsten Geräusche seit Montag ein von der erzwirtschaftlichen Landeswarte in Raiborn hergestelltes Gerät, ein sogenanntes Geophon (Erdbörer) benutzt wird.

## Ein tapferer Lebensretter

Auf dem Eis eines Teiches in Weisdorf, Kreis Obrau, brachen drei Knaben ein. Auf die Hilferufe anderer Kinder, die ebenfalls auf dem Teich gespielt hatten, eilte der Fleischergehilfe Erik Schenk herbei. Es gelang ihm, zwei der Knaben aus dem Wasser zu ziehen. Als er den dritten bergen wollte, brach er selbst ein; konnte sich aber mit dem Jungen so lange an der Wasseroberfläche halten, bis andere Personen zu Hilfe eilten.

## St.-Heime geschlossen

Der Gleiwitzer Polizeipräsident hat die St.-Heime in Gleiwitz und Hindenburg auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen geschlossen. Ferner wurde der Besitzerin des Bahnhofs-hotels in Gleiwitz die Erlaubnis zum Betrieb ihrer Gast- und Schankwirtschaft auf die Dauer eines Monats auf Grund der gleichen Notverordnung mit sofortiger Wirkung entzogen.

Glogau. Polkauto verbrannt auf der Straße. In der Lange Straße brach an einem kleinen Volkswagen ein Bergarbeiterbrand aus. Das Innere des Kraftwagens stand sofort in hellen Flammen und brannte aus. Der herbeigerufenen städtischen Feuerwehr gelang es, das Feuer zu löschen. Der Schaden ist recht erheblich.

Gleiwitz. Leichenfund. In der Gemarkung Niepschütz bei Laband wurde aus der Kleidung die Leiche eines Mannes, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, gelandet. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt. Der Tot kommt aus Gleiwitz-Tabarz und war in Oberschlesien beschäftigt. Er wurde bereits seit dem 7. November vermißt.

Niedlasdorf. In dem wassererfüllten Bienenstich der Einwohner Kemmler und Joch, als sie einen Berg mit schneebedecktem Gelände passierten, in die Hochwasser führenden Biele. Sie gingen sofort unter und konnten nur noch tot geborgen werden.

## Unglücksbob „Boiß“



## saust über den Kurvenrand in die Zuschauermenge

Mit welcher ungeheurer Geschwindigkeit der Bob fuhr, zeigt das rechte Bild, in dem die Zuschauer schon fast vom Bob erfasst sind, jedoch noch nicht die Gefahr erkannt haben und unbefürmert stehenbleiben. Rechts neben dem Bob die beiden Todesopfer, Frau v. Berger und Oswald Kriebel.

## Die Opfer

des Unglücks befinden sich größtenteils auf dem Wege der Besserung. In Lebensgefahr schwebt noch die 50jährige Frau Theilung-Breslau, deren Tochter ebenfalls, wenn auch nicht so schwer verletzt wurde, und der Berliner Schüler Walter Friedrich, die mit schweren Verletzungen im Schreiberhauer Krankenhaus liegen.



## Bohl ist rehabilitiert

### Wegen erwiesener Unschuld freigesprochen

Das Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lemmen erkannte gestern, wie erwartet, auf Freisprechung des Bädergefellens Bohl. Die Kosten, auch die dem Bohl erwachsenen Auslagen, wurden der Staatskasse auferlegt, da der Freispruch wegen erwiesener Unschuld erfolgte.

Staatsanwaltschaftliche Anklagereden pflegen zumeist nicht den bedeutendsten Teil des Strafprozesses gewertet zu werden, in der Mehrzahl sind es langweilige und langstielige Reden einer Reihe von Beweistatsachen und Zeugnisaussagen, die die Angeklagten belasten. Der Bohl war ein Mann, der die Strafanträge erwartend läßt, schrecklichen Klagen und Anwälte aus der fatalistischen Gelassenheit einer immer angespannten Aufmerksamkeit auf, setzen die Besseren an, rüffel sich der Widerpart, der Verteidiger, zum Trotz.

Im Bohlprozeß war es gestern ein wenig anders. Wenn die Ausführungen des Anklagevertreters an Ausführlichkeit zu wünschen übrig ließen — sie nahmen volle vier Stunden in Anspruch —, so war doch die Rede des

### Oberstaatsanwalt Kaimers

keine eine oratorische Meisterleistung, sprühend lebendig und dabei kunstvoll aus tausenderlei Einzelmotiven angelegt wie ein in sich geschlossenes, aber vielfältiges Gitterwerk, das sich harmonisch in der ebenso eleganten Silhouette Kaimers auf dem von früher Winterjonne seitlich-rückwärts gerichteten Podest in dem geräumigen und feierlich wirkenden Gerichtssaal 65 ergänzte.

In einer guten Rede gehört auch der logische Aufbau, die ineinanderfügende, aus sich selbst entwickelnde Gedankenführung. Auch sie war diesmal bestehend, zumal Oberstaatsanwalt Kaimer sich befleißigte, in seinem Plädoyer die vollendete Objektivität aller belastenden und entlastenden Punkte der tatsächlichen Angeklagten Schieweck und Bohl zu wahren. Mitunter kann Ueberbetonung des Strebens nach Objektivität auch zu Subjektivität des Endergebnisses, die gerade persönliche Stellungnahme zur einseitigen Frontführung führen.

Kaimer zitierte Ahlbergs bekanntes Buch „Justizirrtum und Wiederaufnahmeverfahren“, meinte aber daß im Vergleich das Wiederaufnahmeverfahren hier

### mit einem großen Fragezeichen,

wie in den Ahlbergschen Beispielen, mit einem klaren Abschluß habe. Das Erzurteil verfußt der Redner in einem gewissen Grade zu rechtfertigen, hat zu erklären, daß er selbst zu immerhin wesentlich anderem Ergebnisse kam. Mit minutiöser Gründlichkeit wurden nunmehr die für und gegen die Schuld Bohls, für und gegen die Schuld Schiewecks oder zu bewertenden Momente behandelt, wobei Ankläger schließlich zu der Schlussfolgerung kam, Bohl war möglicherweise der Täter, aber andererseits Unschuldsproben bzw. Möglichkeiten bei den in Frage kommenden Zeugnissen Verch, Kurz und Frau Klose doch über Natur sind, so daß sogar sehr wahrscheinlichweise

### nicht der Täter

über Bohl gehe ja darauf aus, festzustellen, er sei erlenntermaßen nicht der Täter, ein anderer, Schieweck, der Tat begangen haben. Oberstaatsanwalt Kaimer sieht aber auch die Täterhaft Schiewecks als „mehr als zweifellos“, da seine Geständnisse teils unklar, teils vielleicht als Unschuldigereinrichtungen erklärbar seien; so nebenhin hörte man aus dieser überaus zurückhaltenden Bewertung Schiewecks die unterbetonte Randbemerkung „vielleicht weil er“ heraus. Im übrigen aber sei vielleicht auch das Ergebnis der Erklärung dieser Geständnisse in Bezug zu ziehen. Doch konnte auch Kaimer nicht umhin, festzuhalten, daß das Motiv eines Sexualmordes zweifellos in den Kreis Schiewecks passe. Der belledierte Zustand der Schulden spreche nach seiner Ansicht gegen die Täterhaft Schiewecks, da die anderen beiden Mordtaten an Frauen in unbedeutendem oder fast unbefriedetem Zustand verübt wurden, wobei die Stiche in die Brust der Opfer geführt wurden, Brust in erster Linie das Lustobjekt der sadistischen Verbrechen Schiewecks war.

Auch die Presse fand in dem Plädoyer eine teils freundliche, weniger freundliche Beachtung. Ob es nötig war, aus dem Schieweck als „trauen Leser“ der Volkswacht besonders zu heben, wollen wir nicht unterfragen. Dem Herrn Ankläger doch zur Aufklärung mitteilen, daß die Benutzung des Volksmachtberichts wohl nicht so sehr auf die besondere Bedeutung unseres Blattes bei Sexualmorden als auf die Tatsachenzuführen sein dürfte, daß wir unter den Breslauer Zeitungen die größte Zahl Freizeitsplare für die Breslauer Anstalten zur Verfügung stellen.

Im Ergebnis erklärte der Vertreter der Anklage, daß das Urteil zwar auf (???) begründet gewesen sei, hier jedoch besserer gefällt werden müsse. Bohl sei daher, obwohl Unschuldsmomente beständen, mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

### Das Plädoyer des Verteidigers

Nach einer kurzen Mittagspause, es war mittlerweile 13 Uhr, nahm Dr. Salz, der Verteidiger Bohls, Stellung zur Auswertung der Indizien, wie sie der Ankläger vorbrachte. Bei dieser Beurteilung der Sachlage wäre, meint Salz, das Wiederaufnahmeverfahren wohl kaum in Gang zu kommen. Schiewecks Geständnisse seien keineswegs „zurechtgeputzt“ gewesen.

### die Gleichartigkeit der Mordtaten

In allen Fällen und Schulz hingegen auffallend. In allen Fällen Straßennädchen, in beiden Fällen blieb das Instrument unauffindbar, hatte ein Geschlechtsverkehr stattgefunden. Belastend seien vor allem die überaus ungenauen Angaben in und nach dem Geständnis; insbesondere das Gespräch im Nebenzimmer (das nur im Zimmer Schulz werden konnte), schließlich in besonderem Maße die gleichzeitige Schiewecks und Bohls und Schiewecks Verhalten Montagsverhandlung, in der sein ganzes Bestreben darauf lag, auszuweichen, nicht etwa einfach zu erklären, alles sei erfunden oder erdacht. Zum Schluß — bei der Frage dem Messer — wußte sich Sch. nur der Rat, nicht mehr zu sagen zu wollen, konnte er ganz offenbar nicht weiterführen. In den Fragezeichen angebracht, sondern ein klares „Ja“, der Ankläger habe ja zugegeben, daß Sch. die Tat persönlich begangen ist, wobei die veränderten Einzelumstände keine Rolle spielen können; die Identität bei verschiedenen Fällen ähnlich veranlagter Menschen sei durchaus nicht immer zu erwarten, Schieweck gestand in der Erwartung, möglichst in eine

Seitankast zu kommen, und widerrief dann, weil er mittlerweile Angst bekam, weil ja ein Geständnis — im Falle Krissen — ihm schon ein Todesurteil eingebracht hätte.

Aber auch bei vollständiger Ausschließung des Komplexes Schieweck ergab sich die Unschuld des Angeklagten aus den nunmehr zur Lage getretenen Einzelheiten der Ermittlungen. Dr. Salz geht davon aus, daß die Zeugin Verch

### subjektiv die Wahrheit,

aber objektiv etwas Falsches ausgesagt hat, als sie in dem fliehenden mit Bestimmtheit den „Lucca-Louis“ zu erkennen glaubte; das ergab sich aus dem vollständig negativen Resultat des Lokaltermins in der Gerbergasse, der auf der 6. Treppentstufe keine einwandfreie Identifizierung durch die Zeugin L. erbrachte. Sicher sei, wie der Ankläger sagte, ein Lokaltermin eine Reproduktion, aber die Abschwächung der Reproduktion erfolgte zumungunsten des Bohl und das Ergebnis sprach zu seinen Gunsten. Mit besonderer Gründlichkeit und unzulänglich eindrucksvoll schildert Dr. Salz, wie unmöglich die Annahme sei, daß Bohl aus einem, nicht erörterbaren, Motiv heraus fahrlässig die Schulz ermordet habe, geflohen sei, in verlangsamtem Tempo in die Messergasse einbog, dann auf Umwegen zurückkehrte und plötzlich gänzlich gefahrt der nach Hilfe rufenden Klose gegenübertrat, ja sich seelenruhig unter die Neugierigen vor dem Mordhaus mischte, festnehmen ließ und bei der Untersuchung

### nicht die geringste Blutspur

an Händen und Anzug aufwies. Gänzlich undenkbar sei es auch,

### Hinter den Kulissen der Breslauer Skandalpresse

# Skandal um ein Skandalblatt

Die „Freie Meinung“ läßt sich für einen nicht erschienenen Artikel 700 Mk. bezahlen

Jede Großstadt hat seine besonderen dunklen Seiten. Breslau hat keine Wochenpresse. Nicht daß es anderswo, ein solches parasitäres Gewächs nicht gebe oder daß Breslau besonders viel Skandale anzuzweifen hätte, aber durch eine besondere Sorte sogenannter Journalisten, die entweder vom Größenwahn oder wie im Falle Grunow von der Paralyse befallen sind, hat sich hier eine Skandalpresse breit gemacht, wie sie nicht bloß relativ, sondern auch absolut, in dieser Anzahl keine andere Stadt in Deutschland aufzuweisen hat. Schon die große Anzahl dieser Blätter ist ein Beweis, daß das einzelne Blatt keine allzu große Auflage haben kann, daß also von dieser Seite ein Gewinn nicht zu erzielen ist.

Profit und das Geheimnis der Daueregistenz solcher ausgesprochenen Skandalblätter liegt im Inferatentelle. Das Inferat in solchen Blättern ist zumeist eine gute Rückversicherung des Inferenten für eventuelle „Verleumdungsfälle“ bei allerhand menschlichen, unzumutbaren, Begebenheiten des täglichen Lebens. (Das scheint uns auch ein Grund zu sein, daß ausgerechnet solche Blätter von anderer Seite mit einer halb nicht mehr zu verstehenden Rücksicht behandelt werden.)

Wir haben zu wiederholten Malen auf die geheimnisvollen Beziehungen des Inferatentelles zu dem sogenannten redaktionellen Teil solcher Blätter hingewiesen, auch die Gerichte haben sich schon oftmals damit befassen müssen. Erst kürzlich konnten wir ein einwandfrei nachgewiesenes Beispiel von Erpreßung bei der „Tribüne“ nachweisen können. Heute liegt uns ein ähnlicher Fall bei der „Freien Meinung“ vor. Dieses wohl älteste Breslauer Wochenblatt, hatte sich in den ersten Jahren seines Bestehens nämlich bemüht, so etwas wie eine ernst zu nehmende Zeitung zu sein. Im Laufe der Jahre, wohl unter dem Druck der Konkurrenz ist es immer mehr zu einem üblichen Skandalblatt wie alle anderen Blätter und nach dem Tode Fleischmanns ist es eines der übelsten Schmutzblätter geworden.

daß er als Täter in den wenigen Minuten das Messer absolut unauffindbar versteinen konnte, und wesentlich die Tatsache, daß er auch seinem Anwalt, der von seiner Unschuld anscheinend nicht überzeugt war, keine anderen Befundungen machte, keine Unschuld beteuerte. Da kein Motiv auch schon im ersten Verhör feststellbar war, verurteilte man ihn „nur“ zu zehn Jahren Zuchthaus wegen Totschlags. Notwendig sei es, ihn auf Grund der unzweifelhaften Unschuld freizusprechen, nur das sei die volle Rehabilitierung.

### In der Urteilsbegründung

ging der Vorsitzende, Direktor Lemmen, noch einmal alle jene Verdachtsmomente durch, die gegen Bohl zusammengetragen worden waren und auf die sich das erste Urteil stützte, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß die letzte Beweisaufnahme keinerlei Anhalt für eine Täterhaft Bohls ergeben habe. Es konnte kein Motiv gefunden werden, auch fand man bei ihm weder Blutspuren noch ein Messer. Bohl ist in der Gegend der Gerbergasse an jenem Abend gewesen, das hat er auch nie bestritten. Er hat auch den Grund dafür angegeben, er wartete auf seine Braut.

Der Lokaltermin hat ergeben, daß die Beleuchtung auf der Treppe nicht ausreichte, einen Menschen zu erkennen. Bei dieser mangelnden Beleuchtung hat die Zeugin Schieweck für den Bohl gehalten; denn beide sind bei nicht genügendem Licht leicht zu verwechseln. Auf das Geständnis Schiewecks hat das Gericht keinen ausschlaggebenden Wert gelegt, doch erscheint es im großen ganzen glaubhaft. Daß sich Bohl unter der Menge vor dem Mordhause befand, ist ein Beweis dafür, daß er ein echtes Gewissen hatte. Das Gericht hat sich durch die Beweisaufnahme davon überzeugt, daß Bohl unschuldig ist.

Der Verteidiger Dr. Salz und Bohl wurden nach Verurteilung dieses Urteils von allen Seiten herzlichst beglückwünscht.

Dieser sogenannten „Freien Meinung“ brachte nun unlängst ein händiger Berichterstatter einen der üblichen Aufsätze über das Privatleben eines Breslauer Bürgers. Diesmal war es für ein solches Blatt ein rechter Bißchen. Denn dieser Artikel beschäftigte sich mit einem Generalvertreter eines in Breslau recht bekannten Unternehmens.

Dieser Aufsatz war bereits gedruckt, die betreffende Seite fertig, als Frau Fleischmann mit ihrem Anwalt Sch. die Sache besprach. Dieser Herr ersah sofort die Situation, setzte sich sofort, also mitten in der Nacht mit dem Generalvertreter in Verbindung. Kurze Zeit war auch bereits der Herr Generalvertreter zur Stelle. Bei einer Klage Wein wurde noch mitten in der Nacht dieser Fall herbeigeholt. Er zahlte nicht weniger als 700 Mark; 300 Mark in bar und 400 Mark in Wechseln.

Nach Erledigung dieser finanziellen Seite wurde der verantwortliche Redakteur mit dem Auto des Generalvertreters, auch wieder in der Nacht, aus dem Bett geholt und veranlaßt, den fraglichen Artikel aus der betreffenden Seite zu nehmen. Das wurde auch prompt erledigt. An seine Stelle erschien dann ein anderer, nicht mit solch hoher Summe begleiteter Zeitungsartikel über „Auskunft der Fakenkreuz“. Auch vom Aushängeschild für die Straßenhändler verstand sehr bald der dementsprechende nette Hinweis. Nach dieser „Arbeit“ verschwand Frau Fleischmann rasch in einen bekannten Breslauer Spielklub, um dafür zu sorgen, daß sie bei nächster Zahlungsforderung mit gutem Gewissen den Offenbarungseid leisten kann. In die Bezahlung des Gewährsmannes, der diesen Artikel gebracht hat und somit erst das fette Geschäft ermöglichte, dachte, trotz der so rasch verdienten 700 Mark kein Mensch. In diese Angelegenheit spielen noch eine Reihe ganz anderer, rechtvoller Dinge hinein, über deren Details wir uns heute nicht verbreiten wollen.

Dieser Fall ist ein recht typisches Beispiel, wie

## Halpaus

# Rarität

### Zwei Dinge machen sie besonders vorteilhaft:

### extra mild - starkes Format.







## Ein „Kraubüberfall“ auf Bestellung

wurde, wie sich jetzt herausstellt, am 9. Dezember vorigen Jahres in den Räumen des Jugendamtes der Stadt Halle verübt. Mitten in der Dienstzeit knallte auf dem Korridor plötzlich ein Schuß. Hingeworfene Beamte stellten fest, daß der Stadt-obersekretär Göhre schwerverwundet sich in einer Blutlache wälzte. Ein auf seinen Namen lautendes Spartassenbuch lag zerrissen neben ihm. Da am Tatort eine Waffe nicht gefunden wurde, glaubte man nicht, Erstes an einen Raubüberfall. Erst als durch Revisionen festgestellt wurde, daß Göhre erhebliche Veruntreuungen als Bilager einer Privatperson und zum Schaden der Stadtkasse begangen hat, wurde man ruhig und lenkte die Ermittlungen nach einer anderen Richtung. Und nun stellt sich heraus, daß der ganze Raubüberfall fingiert und auf eigenes Verlangen gegen ein Honorar von 3000 Mark ausgeführt worden war.

Göhre wandte sich zuerst an den 26-jährigen, seit langem arbeitslosen Zuschläger Willi Pfeifer und verabredete mit ihm alle Einzelheiten des „Kraubüberfalles“. Pfeifer bekam es, obwohl ihm ursprünglich 5000 Mark zugesichert waren, im entscheidenden Augenblick jedoch mit der Angst zu tun. Er besann sich auf die Folgen, wenn aus dem „Kraubüberfall“ ein Raubmord entstände und brachte deshalb seinen Schwager, den 27-jährigen Waghäusermeister Karl Haller mit. Göhre handigte dem „Krauber“ das vereinbarte Honorar aus, zerriss sein Spartassenbuch, um einen Raub vorzutäuschen, dann schob Haller Göhre aus ganz kurzer Entfernung mit einem alten Trommelrevolver nieder. Die schlammig ergriffene Flucht gelang. Niemand wäre hinter die mysteriöse Geschichte gekommen, wenn mit den Veruntreuungen nicht auch festgestellt worden wäre, daß Göhre sich mit 18 000 Mark gegen jeden Unfall versichert hatte. Durch diesen Versicherungsbetrug wollte er seine Veruntreuungen, deren genaue Höhe nicht festgestellt werden können, weil Göhre etwa 900 Belege durch Einbruch beigetragen hat, abdecken. Daneben wollte er den ehrgeizigen Ansprüchen seiner Frau, die im Königin-Vuise-Bund eifrig tätig ist, nachkommen. Das Tragische an der ganzen Geschichte ist, daß sich tatsächlich zwei arme Teufel von Arbeitslosen zur Ausübung einer solchen verwegenen Tat gefunden haben, deren Folgen unter Umständen gerade unabsehbar hätten sein können. Schlimm genug werden sie ohnehin für sie sein.

## Ein Erneuerer Deutschlands

Das Schöffengericht Halle verurteilte am Dienstag den 27-jährigen Kaufmann Clemens Heßberger wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Heßberger, Mitglied der nationalsozialistischen sogenannten Arbeiterpartei und Führer des angeblich unpolitischen, in Wirklichkeit streng nationalistischen Jungtum, hat an den ihm anvertrauten minderjährigen Jungen auf Ausflügen und bei sonstigen Gelegenheiten fortgesetzt Sittlichkeitsverbrechen begangen. Einer der Jungen, den Heßberger besonders gern und oft in seine „Dohle“ nahm, erkrankte darauf schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Angeklagte leugnete zuerst heftig jede Schuld, gab dann aber unter dem Eindruck des erdrückenden Beweismaterials zu, sich in den meisten der zwölf ihm zur Last gelegten Fällen an den Jungen, meist Schüler höherer Lehranstalten, unzüchtig in der schamlosesten Weise vergangen zu haben.

Bei dem Urteil fiel erschwerend ins Gewicht, daß Heßberger lange hartnäckig gelugnet hatte und sein Verbrechen einen großen Vertrauensbruch als Jugendführer darstellte. Die Unterbringungshaft wurde nicht angerechnet. Der Haftbefehl wird aufrechterhalten.

## Wieder einmal Egloffstein

Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft wurde unter dem Verdacht der Hehlerei der bekannte Hochkapler Freiherr von Egloffstein-Oertel wieder einmal verhaftet. Egloffstein soll sich im Zusammenhang mit den zahlreichen Berliner Autodiebstählen der letzten Monate schuldig gemacht haben. Auch Egloffsteins langjährige Freundin, Anna Bonnet, ist festgenommen worden.

## Es brennt in Mecklenburg

In der Ortschaft Halingen wurden am Mittwoch durch ein Großfeuer insgesamt 7 Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude vollständig vernichtet. Das Feuer entstand in der Gemarkung Nöbenburg und verbreitete sich von hier aus auf mehrere in der Nachbarschaft befindliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Das Vieh konnte überall noch rechtzeitig herausgebracht werden. Durch die Vernichtung von großen Heu- und Kornvorräten sowie landwirtschaftlichen Maschinen ist großer Schaden entstanden. Die Entstehungsursache des Brandes ist bisher noch ungeklärt.

## Horstföhring

Am Mittwoch wurden am Rhein zehn, in England 12 Grad Wärme gemessen. Es wird voraussichtlich noch wärmer werden.

## Widelfarmratschrope in Alabama

11 Tote, 150 Verletzte

Der amerikanische Staat Alabama wurde gestern von einem Widelfarm heimgesucht, dessen Opfer auf 11 Tote und 150 Verletzte geschätzt werden. Auch der Materialschaden und die Verluste an Vieh sind außerordentlich groß.

## Eisoper

In Kalies (Pommern) brach ein jehsjähriger Junge beim Schlittenfahren an dem Eise des Mühlenteiches ein. Der Knabe kam ums Leben — ebenso sein Vater, der ihn retten wollte; der Vater war Maschinist, er hinterläßt eine Frau und vier kleine Kinder.

## Ein fallender Wendel-Erbe

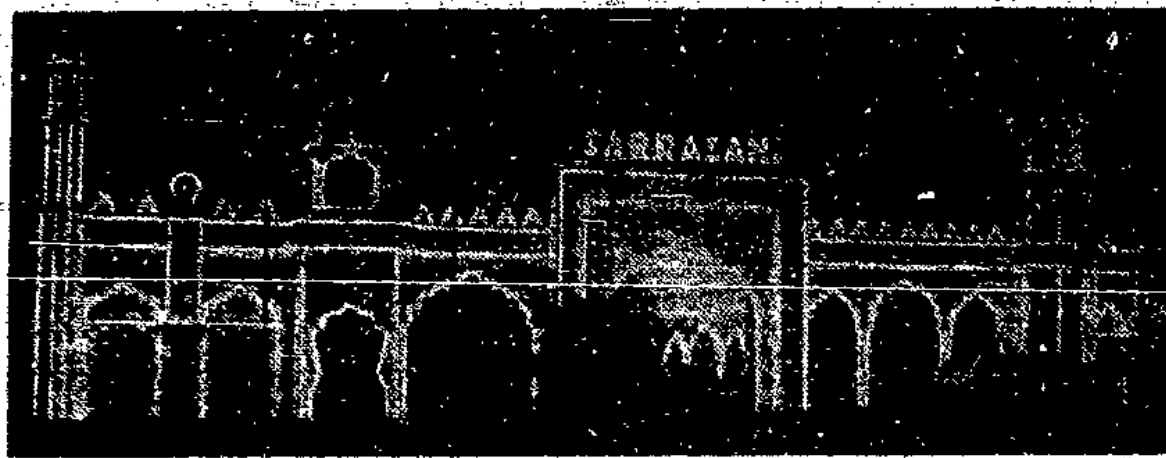
In Wien wurde der Kaufmännler Joseph Kuberna unter der fahrenden Beschuldigung verhaftet, ein „fallender Erbe“ zu sein. Beim Tode der vor 1 1/2 Jahren in Kempten verstorbenen hundertjährigen Döllner-Widowinaria Ella Wendel hatte sich Kuberna neben anderen zahlreichen Bewerbern aus aller Welt als erbrechtigt gemeldet. Kuberna erbrachte den Nachweis seiner Verwandtschaft mit der Verstorbenen durch Hilfe ihrer einwanzigjährigen Tochter. Jedes 1/2000 ist möglich, daß diese Verwandtschaft eine falsche Angabe gewesen wäre.

## Diebstahl in Kassel

In dem Brauereibergwerk „Vater Kessel“ bei Kassel-Mühlhagen wurde durch einen unbekannten Diebstahl ein Wert von 120 000 Mark an Bier verloren. Die Verunglückten konnten nach eingehender Untersuchung nicht ermittelt werden.

# Großfeuer bei Sarraiani

Aus jedem Winkel wird gehetzt



## Was Schmol berichtet

Am Mittwochmorgen brach in dem zuerst in dem Antwerpener Borcht Berchem gastierenden Zirkus Sarraiani ein Großfeuer aus. Außer mehreren Magazinbanten wurde vor allem der große Elefantenkall betroffen. Zwölf Elefanten, die nicht schnell genug von den ekkenden Ketten befreit werden konnten, verbrannten, mehrere erlitten leichtere Brandverletzungen. Auf einige Elefanten, die rechtzeitig

abgetrieben werden konnten und fahrerlos in die Nacht hinausflüchten, wurde von der Polizei geschossen. Ein Elefant wurde dabei getötet.

Der gesamte Sachschaden beläuft sich auf ungefähr eine Million Reichsmark. Der Reklamewagen des Zirkus — darunter die original javanischen Kostüme im Werte von 300 000 Mark — die Sattler- und Schneiderwerkstätten sowie mehrere Ballkammern sind vernichtet worden. Der Sachschaden ist zwar durch Versicherung gedeckt, aber infolge der Unmöglichkeit, in der nächsten Zeit Zirkusvorstellungen zu veranstalten, dürfte das Personal schwer geschädigt sein.



Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß der Antwerpener Sarraiani-Bau von belgischen Chausinisten in Brand gesetzt worden ist. Belgische Nationalisten haben wiederholt ihre feindselige Einstellung gegenüber dem Unternehmen zum Ausdruck gebracht. Kurz vor Ausbruch des Feuers erhielt die Direktion eine anonyme Postkarte folgenden Wortlauts: „Die meisten Antwerpener halten Euch für eine Horde von Anführern und Dieben. Macht Euch schlammig weg von hier, wenn Ihr nicht Eure Zirkusstadt in Flammen ausgehen sehen

bei den Vögarbeiten. Nur mit größter Mühe gelang es den Dressuren und Dompteuren, die Rindierwagen aus der Brandzone herauszuziehen. Die in Käfigen untergebrachten Tiere waren infolge des Qualms, Rauchs und Feuerlärms außerordentlich erregt.

## Die Wahrheit nach hinterher

Der Direktor des Zirkus Sarraiani erklärte Pressevertretern, daß von den 28 Elefanten seines Unternehmens durch den schweren Brand 12 in der Gegend getötet worden ist. Zwölf Elefanten hätten schwere Brandwunden erlitten. Außerdem sei es nicht richtig, daß die Antwerpener Feuerwehr nicht tadellos funktioniert habe. Vielmehr habe sie ihre Aufgabe, den Brand auf den Ausgangsherd zu beschränken, ausgezeichnet gelöst. Ebenso hätten Polizei und Pioniere sich an dem Rettungswert hervorragend beteiligt. In den nächsten zwei Tagen würden die Vorstellungen ausfallen. Der Zirkus werde dann aber sein Tournee durch Belgien fortsetzen.

## Goldfunde

In der Nähe der Stadt Daguio (Philippinen) wurden in einem Gebiet von mehreren Quadratmeilen reichhaltige Goldadern entdeckt. Da die Funde ein Goldgehalt von 300 bis 3000 Dollar pro Gesteinstonne aufweisen, scheint die Ausbeutung zu lohnen.

## Haus Doorn gibt bekannt

Wie Haus Doorn bekanntgibt, hat Wilhelm der Letzte von unter der Beschuldigung verhaftet ein „fallender Erbe“ zu behalten. Der Verkauf sei sicher, aber sie lasse es doch geboten erscheinen, in der nächsten Zeit noch Vorsicht walten zu lassen. Wenn jeder Fall von Hupten ohne Fieber bekanntgegeben

würde, dann würde die Zeitung schnell voll sein. Aber der Doornier Wilhelm bleibt eben eine besondere Nummer. Also mag er sich schonen und Vorsicht walten lassen. Brennstoffmangel besteht in diesem warmen Winter sowieso nicht, er mag also mit dem Holzhaufen ruhig eine Weile aussehen.

## Polnische Pferde für 1,40 Mark

Einer Veröffentlichung der wohnnischen Landwirtschaftsgesellschaft zufolge werden auf den wohnnischen Märkten kleinere Arbeitspferde für 30 bis 40 Floty zum Kauf angeboten. Im polnischen Kreis Sdolunowo unweit der russischen Grenze werden Pferde sogar zum Preise von 3 bis 7 Floty — also von 1,40 Mark aufwärts — gehandelt.

# Reinzeffin Sternmiere

Von G. Th. Notman.



Quitt — da ging auf einmal die Tür auf. Frau, der auf der Erde lag, konnte noch gerade das Hoch erreichen, aber Vater und Fritz hüpften in einen der großen Stiefel, die in der Ecke standen. Der Holzhaufen kam. „Was ist das, wenn er diesen aus der Halle vertreibt, da — der den Ansehen auf dem Hof gewesen? Zeige mir einmal die Wohnung der Mäulerfamilie.“



Aber Elchen wollte ihre Freunde nicht verraten. „Das sag ich nie!“ lachte sie. Da hatte sie der Holzhaufen in einen Kasten und band ihn fest zu. „So“, sagte er grimmig, „und du kommst nicht eher heraus, bis du gelagt hast, wo die Mäuse wohnen.“ „Belommt nichts zu essen und zu trinken. Ich werde doch einmal leben, ob du noch länger mit den Dieben unter einer Decke lebst.“ (Fortsetzung folgt.)